

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Dir. 266.

Dresden, Dienstag den 16. November 1909.

20. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Der Verfassungskampf in England.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 13. November.

Sowie die Stunde der Entscheidung über das Budget näher kommt, beginnt sich die Lage mehr und mehr zu klären. Das Unterhaus hat das Budget nunmehr endgültig erledigt, das Oberhaus hat es in erster Lesung bereits passieren lassen und die Debatte über die zweite Lesung wird am Montag den 15. November ihren Anfang nehmen. Im Laufe derselben wird die Krise voraussichtlich ihren Höhepunkt überwinden. Die Führer der Konservativen haben nun die ihnen dienende Presse klipp und klar erklären lassen, daß das Oberhaus das Budget unter allen Umständen ablehnen wird. Der Antrag zur Ablehnung wird offiziell von der oppositionellen Mehrheit des Oberhauses gestellt werden. Die Abweisung wird, wie dies ja schon längst vorauszu sehen war, in der Form geschehen, daß die Lords erklären, sie könnten es mit dem konstitutionellen Gewissen nicht vereinbaren, derartige revolutionäre Neuerungen, wie sie das Budget enthält, Gesetz werden zu lassen, ohne daß die Wähler erst Gelegenheit gehabt hätten, ihre Ansicht darüber zu äußern. Man sieht, die Lords zeigen die Intelligenz der englischen Wähler sehr niedrig ein, wenn sie glauben, daß sie auf diesen plumpen Schwindel hereinfallen werden.

Vom verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt hat die Revolution der Lords einen zweifachen Zweck. Einmal soll dem gewählten Unterhause und mittelbar den Wählern das Recht genommen werden, das sie Jahrhunderte hindurch unbestritten hatten: die Steuern, die das Volk zu tragen hat, nach Art und Maß festzustellen. Zweitens bedeutet der Anspruch der Lords, daß sie dem Unterhause seine bisherige Macht, die Lebensdauer einer jeden Regierung nach eigenem Ermessen zu bestimmen, freizügig machen und auch dieses Recht an sich ziehen wollen. Die geplante Revolution ist demnach eine ziemlich weitgehende. Sie würde das Unterhaus zu relativer Bedeutungslosigkeit herabdrücken und damit das Stimmrecht des einzelnen Wählers seines Wertes berauben.

Der Entschluß der Lords zeigt jedenfalls von einer enormen Willkür und großem Kraftbewußtsein. Seit Jahrhunderten haben nun schon die Liberalen davon, daß sie entschlossen sind, die Befugnisse der Lords einzuschränken, aber die Lords haben jede Drohung der Liberalen mit einer neuen Proklamation beantwortet. Während die Liberalen den Kampf gegen die Lords unaufrührlich im Munde führen, gehen die Lords ihrerseits in aller Stille wirklich daran, sich zum allein maßgebenden Faktor im staatlichen Leben Großbritanniens zu machen.

Ein Beispiel ihrer Unberücksamtheit haben die Lords erst vor wenigen Tagen mit der Ablehnung der Londoner Wahlreform-Bill geliefert. Die Reform hat für das begrenzte Gebiet, auf welches sie sich bezieht, eine ziemlich große Bedeutung. Zudem ist das ganze ungeheure Gebiet Londons für gewisse Zwecke des Wahlgesetzes in einen einzigen Wahlkreis verwandelt, schafft sie das Pluralvotum, soweit London in Betracht kommt, gänzlich ab. Außerdem würde sie den überaus zahlreichen Wahlrechtsentzogenen, welche jetzt mit dem Umzug aus einem Bezirke Londons in den anderen verbunden sind, ein Ende gemacht haben. Nach offiziellen Berechnungen beträgt die Zahl derer, die durch diese Vorlage das Stimmrecht zu erlangen hätten, ungefähr 40 000. Die Lords haben die Vorlage ohne viel Federlesens abgelehnt, weil sie angaben, daß ihr die Volksmassen im Lande wenig Interesse entgegenbrächten, und die Londoner Wähler sind stets schwer in Bewegung zu setzen gewesen.

Der Entschluß der Lords, dem Budget den Garaus zu machen, wäre in seiner Vollständigkeit vollständig unbegreiflich, wenn man nicht annehmen könnte, daß sie auch jetzt noch auf die sprichwörtliche Feigheit der Liberalen spekulieren. So ungläubig es scheinen mag, daß die Liberalen auch diese Ohrfeige ruhig auf sich sitzen lassen könnten, so sicher ist es, daß die Lords gerade aus dieser Erwartung ihren Mut schöpfen. Denn daß die konservativen Führer mit der Möglichkeit einer Niederlage ihrer Partei bei den auf die Ablehnung des Budgets folgenden Wahlen rechnen, muß als selbstverständlich gelten. Die einzige Hoffnung, die ihnen bleibt, ist die, daß die steigende liberale Regierung auch dann noch nicht den Mut haben wird, mit den Lords ernsthaft abzurechnen, sondern daß sie sich mit Eingeweihten begnügen, und im übrigen alles wesentlich beim Alten lassen wird. Bisherige Erfahrungen lassen diese Erwartungen der Lords zumindest begründet erscheinen. Sollten sie sich darin nicht täuschen, dann nur deshalb, weil die liberale Partei den Ernst der Lage für sich selbst nicht ganz erkennt. Rechnen die Lords das Budget wirklich ab, dann wird dadurch eine Lage geschaffen, welche die Politiker nicht mehr noch belächeln zu kontrollieren vermögen. Die Folge kann nur die sein, daß entweder die Macht der Lords oder die der liberalen Partei für immer gebrochen wird. Für faule Kompromisse wird es dann zu spät sein.

Der Wahlfonds des Industriekapitals.

Wir haben bereits mehrfach von dem Wahl- und Korruptionsfonds Mitteilungen gemacht, der unter Leitung des Zentralverbandes der Industriellen gegründet ist. Wir sind jetzt in der Lage, über die Geheimverhandlungen, die am 15. Oktober in dieser Angelegenheit stattgefunden haben, ausführlich zu berichten.

Diese Verhandlungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller dokumentieren aufs neue die hochgradige Gefährlichkeit der im Dunkel an der Korruption des öffentlichen Lebens arbeitenden Scharfmacherclique. Einen Zukunftssturm, d. h. einen eisernen Kriegsfonds, hat Herr S. A. Wied den zu sammelnden Scharfmacherfonds, der zur Befämpfung der politischen Arbeiterbewegung dienen soll, selbst genannt. Besser würde er von einem Reptilien- oder Korruptionsfonds gesprochen haben. Der Zentralverband der Scharfmacher wagt nicht, im Wahlkampf offene seine Fahne zu entfalten, er verlangt von dem Kandidaten, den er heimlich mit seinem Gelde unterstützen will, kein öffentliches Bekenntnis zu seinen Zielen, er weiß zu gut, daß jeder Kandidat, von dem bekannt würde, daß der Zentralverband seine Wahl materiell unterstützt, damit auch schon dem Volksgericht verfallen wäre. Und doch will man nicht bloß in der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen, sondern auch in der freisinnigen Reichstagsfraktion seine Agenten haben! Man nimmt man eine Scheibung vor und gründet eine Tochtergesellschaft, die das Geschäft zu machen hat, während man selbst damit „absolut nichts zu tun hat“. Dieses Versteckspiel sowie der Umstand, daß über die Verwendung der Gelder nur soweit es „zweckmäßig“ erscheint, Rechenschaft abgelegt werden soll, kennzeichnet das Unternehmen des Scharfmacherverbandes zur Genüge. Es soll eben gewissen dunklen Volksmännern, die von arbeiterfeindlichen Parteien trafen, das Schicksal erspart werden, eines Tages als Stipendiaten der rückwärtslosesten Arbeiterfeinde entlarvt zu werden.

Aus den Verhandlungen des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 15. Oktober 1909 im Hotel Adlon in Berlin.

Generalsekretär Sued-Berlin: Meine Herren, Sie sind heute berufen worden, um Stellung zu nehmen zu dem Antrage des Direktoriums, innerhalb der dem Zentralverbande angeschlossenen Industriellen einen Wahlfonds zu bilden bezw. über die Ausführung dieser Maßregel zu beschließen.

Seit einer längeren Reihe von Jahren verfolgt die Gesetzgebung im Reich namentlich auf dem Gebiet der Wirtschaft und Sozialpolitik eine den Interessen der Industrie ungünstige Richtung. In wirtschaftlicher Beziehung ist die Richtung ganz besonders hervorgetreten in dem Streben, der deutschen Industrie den Schutz, der ihr zuteil werden müßte, entweder gar nicht oder nur in ungenügendem Maße zu gewähren.

In sozialistischer Beziehung ist diese Richtung hervorgerufen aus dem Rethoriksozialismus. Diese Bewegung arbeitet immer mehr und mehr aus, je mehr die jüngere Generation der professionenmäßigen Nationalökonomien sich den Lehren der mächtig aufsteigenden Sozialdemokratie zuwendet. Dies geschah besonders bei allen das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betreffenden Vorlesungen. In diesen Fragen stellen sich jüngere Herren der Professoren der Nationalökonomie ganz an die Seite der Sozialdemokratie, diese in Geschäftlichkeit und Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber fast noch überbietend. In der Erkenntnis ihrer Schwäche hielten sich die älteren, von denen diese Bewegung einseitig war, der extremen Richtung ernstlich entgegenzutreten: sie markierten eben mit, wenn auch im Hintertreffen. Nur einzelne von ihnen, wie beispielsweise Brentano, haben die jüngeren noch überboten, augencheinlich um an der Spitze dieser für die Industrie so außerordentlich verhängnisvollen Bewegung zu bleiben.

Meine Herren, so kam es, daß von allen deutschen Lehrstühlen der Nationalökonomie insbesondere die Sozialpolitik im Sinne äußerster sozialistischer Anschauungen und weitgehender Vereinigenommenheit und Feindseligkeit gegen das Arbeitgeberium gefehert wurde.

Dazu kam als weiteres treibendes Element das Vahlen um die Gunst der künftigen Reichstagsparlamentarier. Diese Vahlen werden in der Hauptsache von den Arbeitern gebildet, die ja, wie ihnen bekannt, die Feindseligkeit und den Kampf gegen die Arbeitgeber auf ihre Fahne geschrieben haben. So ist es gekommen, daß Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber im gewissen Grade auch die Parole der politischen Parteien geworden ist.

Meine Herren, ich muß hervorheben, daß sich dieses Treiben die altkonservative Partei nicht in jedem Falle angeschlossen hat. Wo zu befürchten war, daß die betreffenden Gesetzesvor schläge oder Anträge auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter zurückzuführen könnten, da waren die Herren natürlich nicht zu haben. (Sehr wahr!) Im übrigen haben sie sich, trotz und frühlich immer mitgestimmt, wenn es sich um Geleise gegen die Arbeitgeber handelte. (Sehr wahr!) Eine ganz erhebliche Ausnahme hat die Reichspartei, die freikonservative Partei, gebildet, die sich immer dem Arbeitgeber, dem Unternehmern viel freundlicher erweist hat.

Der Referent schildert nun ausführlich die seit 1908 bahierenden Bestrebungen, eine politische Organisation des Unternehmertums zustande zu bringen. Der Kommerzienrat Mendelsohn hat die Gründung eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ vorgeschlagen, dessen Tätigkeit sich auf sozialpolitische Fragen beschränken sollte. Für einen großen politischen Arbeitgeberbund, der auch die Kleinsten umfassen sollte, hat Dr. Lillie eingetreten, der die sogenannten Saarbrücker Bestrebungen referenzierte, denen sich der hannoversche Arbeitgeberverband angeschlossen. Besondere Verdienste um die parlamentarische Vertretung der Industriellen erwarb sich auch Dr. Stresemann, dem es zu danken war, daß im alten sächsischen Landtag 30 Industrielle, davon 25 Mitglieder des Verbandes sächsischer Industrieller, saßen. Dann hat Regierungsrat Professor Dr. Leibig den Vorschlag gemacht, einen „Industrieverband der nationalliberalen Partei“ zu

gründen. Dieser Vorschlag stieß aus nicht näher anzuführenden Gründen auf so entschiedenen Widerpruch, daß ihm keine Bedeutung beizulegen ist. Sodann beauftragt sich der Redner ausführlich mit einem Vorschlag des Geschäftsführers der bayerischen Metallindustriellen Dr. König, zunächst die Organisation der Arbeitgeberverbände vollständig durchzuführen. Darüber legt er u. a.:

Rechtsanwalt König bezeichnet als einzig mögliche Grundlage für die auf die wirkungsvolle Vertretung der industriellen Interessen gerichteten Bestrebungen nur die Arbeitgeberverbände. Darin trete ich ihm entschieden entgegen. Ich behaupte, daß die Arbeitgeberverbände zu diesem Zwecke weder benutzt werden können noch benutzt werden dürfen (Sehr richtig), und zwar aus folgenden Gründen. Meine Herren, die Gewerkschaften der Sozialdemokratie und die anderen erkennen heute unumwunden die Überlegenheit der Arbeitgeberverbände und der in ihnen vereinigten Kräfte an. Das veranlaßt die Gewerkschaften jedoch nicht, eine feindliche Haltung den Arbeitgebern gegenüber einzunehmen. Während der Zeit des Niederganges haben sie sich wohlweislich ruhig verhalten und die größeren beachtenswerten Streiks, die in dieser Zeit stattgefunden haben, sind meistens gegen den Willen der Organisationen von unbotmäßigen Mitgliedern der Gewerkschaften angestreift worden. Aber, meine Herren, sie haben die Zeit als Vorbereitungszeit für die Kämpfe betrachtet, die sicher eintreten werden, wenn bessere Zeiten herankommen, Kämpfe, die sie als Entscheidungskämpfe betrachten. Und die Organisationen der Arbeiter haben sich in einer großartigen Weise getätigt, denn ihnen stehen heute Mittel in Höhe von mehr als 40 Millionen zur Verfügung. Die Deutsche Deutsche Arbeitgeberverbände hat es glücklich auf 1/10 Millionen gebracht.

Meine Herren, unter diesen Umständen ist es erforderlich, daß die Organisationen der Arbeitgeber — darin stimme ich dem Herrn Rechtsanwalt König bei — mit aller Kraft so weit als möglich umlich ausgebildet, daß alle Hindernisse, die dieser Ausbildung entgegenstehen oder entgegenstehen könnten, beseitigt werden. . . .

Selbst politische Wahlen bestehen, ist es die vornehmlichste Aufgabe der Parteien immer gewesen, so viel Geld als möglich für die Wahlen zusammenzubringen. Dabei ist weiter nichts Schlimmes, und es ist verkehrt und geschmacklos, wenn, wie es in der Presse geheißen ist, in Verbindung mit dem Verlust des Direktoriums von Wahlbestechung und Stimmenkauf gesprochen wurde.

Das Direktorium schlägt also vor, einen industriellen Wahlfonds

wie ich ihn nennen möchte, zu bilden, aus dem ohne Anlehnung der nationalen Partei, der die betreffenden Kandidaten angehören, alle unterläßt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen im Sinne der Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen und den Verhältnissen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen. Wir wollen konservativ, Nationalliberale, Freisinnige unterstützen, wenn sie sich als Freunde der Industrie betätigen.

Das Direktorium hat zunächst den Grundlag aufgestellt, daß mit der Sammlung und der Verwendung dieses Fonds

der Zentralverband absolut nichts zu tun

haben soll. Nicht etwa, weil er sich zu solcher Tätigkeit nicht eigne oder weil er irgendwie Bedenken tragen müßte, mit einer solchen Tätigkeit frank und frei vor die Öffentlichkeit zu treten. Das nicht, meine Herren, andere Gründe waren maßgebend. Unverkennbar besteht in einzelnen Kreisen seiner Mitglieder ein vielleicht auf einer gewissen Missgunst beruhendes Widerstreben, dem Zentralverband größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Daran ist auch der einzig richtige Gedanke, bei Begründung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen

sogenannten Julisturm

zu errichten, gescheitert. Es soll daher eine Kommission gebildet werden

und zu dieser Kommission soll eine Reihe von Vereinen ernannt werden, je ein Mitglied zu ernennen. Diese Vereine sind:

1. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen in Düsseldorf.

2. Der Verein für die Bergbauwirtschaftlichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen (Muhl).

3. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln in Köln.

4. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz.

5. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie in Saarbrücken.

6. Das Elsaß-Lothringische Industrielle Syndikat in Mülhausen im Elsaß.

7. Der Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller in Augsburg.

8. Der Bayerische Industriellerverband in München.

9. Der Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie in Chemnitz.

10. Der Oberthüringische Berg- und Hüttenmännische Verein in Rattowitz.

11. Der Verband Schlesiener Textilindustrieller in Breslau.

12. Der Verband Ostbayerischer Industrieller in Danzig.

13. Der Verein Deutscher Papierfabrikanten in Berlin.

14. Der Ausschuss der Lein-, Jute- und Kalkvereine in Berlin.

15. Die Norddeutsche Gruppe des Vereins Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin.

Der Vorsitzende dieser Kommission wird seinen Sitz in Berlin haben müssen. Die Kommission soll verpflichtet sein, eine

Geschäftsstelle zu unterhalten. Dem Geschäftsführer wird die Aufgabe

aufgegeben, sich über die Verhältnisse in den Wahlkreisen zu

informieren, Vertrauensmänner in den betreffenden

Wahlkreisen anzustellen und seine Vorschläge für das Vor-

gehen bei den Wahlen dem Komitee zu unterbreiten.

Dann schlagen wir Ihnen vor, als Maßstab für den Beitrag

zum Wahlfonds die Lohnsumme zu betrachten. Dieser Maßstab ist

jedemfalls viel gerechter als die Zahl der Arbeiter, namentlich in bezug

auf jene großen Industrien, die auch verhältnismäßig billige

Arbeiter verwenden, wie beispielsweise die Textilindustrie, die so

viel jugendliche und weibliche Personen beschäftigt. Über die Verwendung

der Beiträge soll, soweit es zweckmäßig erscheint, Rechenschaft

abgelegt werden.

Der Redner behandelt lobend das Verhältnis zum Dankabend

und schlägt Vorschlag Sie eine Aendering herbeiführen, so dürfen Sie

Ihre Taten nicht zurücklassen und sich mühsam abgeben. Meine

Frankreich.

Ministerkrise in Sicht?

Paris, 15. November. In seiner letzten Sitzung hat der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Jaurès beschließen, die in der Kammer eingebrachten Anträge, die eine bloße Verwerfung verlangen, nicht anzunehmen und die Kammer einzuladen, das Budget unter den gewöhnlichen Bedingungen zu beraten, um ein wirksames Gleichgewicht herzustellen. Mit diesem Beschluß hat der Ministerrat eine Teilweise vorläufige Vermieden. Denn Herr Jaurès gab sich in der Tat den Anschein, als ob er den Willen habe, zu demissionieren. Inzwischen hat sich jedoch Beland überlegt, daß er den politischen Kern der Angelegenheit der Medien und einem Teile der Radikalen gegen das Budget ausgeführten Gegenstande mißte; infolgedessen wird er wahrscheinlich die Vertrauensfrage stellen. Nachdem Beland den Anstehenden geleistet hat, die Wahlreform zu verhindern, könnte ihn ja die radikale Mehrheit entscheiden: der Noth hat seine Pflicht getan, der Noth kann gehen. Nun wird es sich zeigen, was seine vielgerühmte Weisheit vermag.

Rußland.

Die Duma.

St. Petersburg, 15. November. Die Fraktionen der Duma sind jetzt folgendermaßen organisiert: Es zählen die Rechte 51, Nationalisten 38, Oktoberisten (gemäßigt-konservative) 190, Sozialisten (gemäßigt-liberale) 40, Kadetten („Demokraten“) 53, Polen 18, Rohamedaner 9, Arbeitsgruppe 14, Sozialdemokraten 18. Variellos sind 17. Die letzten Nachwahlen in Petersburg, Moskau, Odesa haben gezeigt, daß allen Radikalen der Regierung zum Trotz, der Zug selbst unter den privilegierten Klassen der jetzigen Duma nach links geht.

Amerika.

Vir de Lara.

New York, 15. November. Gegen die Auslieferung des Vir de Lara an Mexiko haben in allen Städten der Union Protestdemonstrationen der Sozialisten und Arbeiterorganisationen stattgefunden. In Los Angeles (Kalifornien), wo de Lara gefangen gehalten wird, vereinigte die von den Sozialisten einberufene Versammlung Tausende, und weitere Tausende mußten unehren John Kenneth Turner, Verfasser des Buches „Mexikanische Barbarei“, zu dessen Herausgabe de Lara schuldig gewesen ist, erklären, die Auslieferung nach Mexiko sei nicht anders als ein Mord. Er warf der Polizei ihren Unverstand vor; die Regierung der Vereinigten Staaten habe sich unter die Anweisungen des blutigen mexikanischen Diktators Diaz gestellt mit Rücksicht auf die an nordamerikanische Geschäftsleute in Mexiko erzielten Konzessionen. Der Staatsanwalt in Mexiko erklärte, daß die Verhaftung de Laras in vollkommener Unparteilichkeit gescheit und gesehildrig befunden habe. Er sagte: Diese Leute müssen von Zeit zu Zeit einen „Anarchisten“ unter die Erde bringen, um ihre Stellung zu behaupten. Sie bringen dem Präsidenten den Wahnsinn ein, den sie glauben, daß er sich in beständiger Lebensgefahr befindet.“ Nach dem Verlesen einiger Sozialisten wurden Resolutionen angenommen, die de Laras Unschuld feststellen und gegen die Auslieferung protestieren.

Gegen Comper's Beurteilung.

Philadelphia, 15. November. Der Zentralarbeiterbund forderte die Arbeiter des ganzen Landes auf, den Generalstreik zu inszenieren, falls der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes Comper es sich anmaßen sollte, einjährige Gefängnisstrafe verbüßen muß.

Volkswirtschaft.

Die Entwicklung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen.

Der scharfe geschäftliche Wettbewerb in Handel, Industrie und in allen Berufsgruppen hat ein Höhen und Tiefen, und damit die Entwicklung größtmöglicher Schnelligkeit im Verkehrsleben gezeitigt. Allen Erfindungen der Neuzeit, die dem Menschen eine schnellere Fortbewegung als die ihm von der Natur bewilligte gestattet und die zunächst vereinzelt dem Sport dienen, wohnt nach dem ökonomischen Grundgesetz Zeit und Geld die Tendenz inne, in kurzer Zeit zum allgemeinen Verkehrsmittel zu werden. Die Grenze zwischen Sport- und Kraftfahrzeug wird bald verwischt, und die Frage, ob ein Kraftfahrzeug nur dem sportlichen Vergnügen oder den Erwerbszwecken seines Besitzers dient, wird heutzutage größtenteils in zweifelhafte Sinne beantwortet werden können. Unter allen modernen Verkehrsmitteln hat der Verkehr mit Kraftfahrzeugen in Deutschland einen ungemäßen Aufschwung genommen, der in den letzten Jahren trotz der allgemeinen Stodung im wirtschaftlichen Leben besonders stark war. Die rasche Ausdehnung und Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs ist einmal dadurch begünstigt worden, daß das Kraftfahrzeug nicht nur für Personenbeförderung, sondern auch in seiner Eigenschaft als Transportmittel für Güter dem Verkehrsleben vortrefflich zu dienen imstande ist. Ferner hat die Erfahrung gelehrt, daß der Betrieb von Kraftfahrzeugen zu einer vermehrten Fruchtbarmkeit und nicht zuletzt auch zu einer Vermehrung der Kraftfahrzeuge geführt, so daß der ungeheure Aufwuchs an Kraftfahrzeugen in den letzten Jahren wohl erklärlich ist. Am Anfang der drei letzten Jahre betrug nämlich die Zahl der Kraftfahrzeuge in Deutschland:

Table with 3 columns: Year (1907, 1908, 1909), Person vehicles, Motor vehicles, Total. 1907: 25,815, 1,211, 27,026. 1908: 34,244, 1,778, 36,022. 1909: 39,475, 2,252, 41,727.

Am Vergleich zu 1907 zeigt die Zahl der Kraftfahrzeuge im Jahre 1909 eine Vermehrung um rund 55 Proz., und zwar waren Anfang 1909 39 475 oder 94,6 Proz. Fahrzeuge zur Personenbeförderung und 2 252 oder 5,4 Proz. zur Lastbeförderung im Betrieb. Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist hierbei relativ rascher gestiegen als die der Personenerkehr verwendeten, da im Jahre 1907 nur 4,5 in den beiden folgenden Jahren aber 4,9 bezw. 5,4 Prozent aller Kraftfahrzeuge zur Lastbeförderung dienen, zumal die Verwendung von Kraftfahrzeugen als Geschäftsfahrzeuge bei vielen Geschäftsbetrieben als zum guten Aufste des Unternehmens gehörend angesehen wird. Während 1907 rund 60 Proz. aller Kraftfahrzeuge Kraftwagen waren, betrug deren Zahl 1909 nur 53 Proz. oder 20 925 Stück. Die Zahl der Kraftwagen stieg seit 1907 von 11 072 auf 15 214 im nächsten Jahre, während im Januar 1909 im ganzen 18 299 Kraftwagen in Deutschland im Betrieb waren, von denen 2 004 als Lastwagen Verwendung fanden. Auf die einzelnen Gegenden Deutschlands verteilt sind die Anzahl der Kraftfahrzeuge sehr ungleich, und zwar kommt auf Preußen mit 22 362 Stück über die Hälfte aller Fahrzeuge; es folgen mit 4 360 Fahrzeugen die größte Anzahl im Rheinland im Betrieb, während Berlin 2 863 Kraftfahrzeuge zählte. Von den anderen deutschen Staaten folgt Bayern mit 5 096, Sachsen mit 4 062, Elsaß-Lothringen mit 2 479, Württemberg mit 1 852, Baden mit 1 795, Hessen und Hamburg mit 802 Kraftfahrzeugen. Bei Vermehrung der Kraftwagen zeigt sich die immer größer werdende Beliebtheit

beides des Kleinautos deutlich erkennen. Seit dem Jahre 1907 wuchs bis zum Jahre 1909 die Zahl der Kraftwagen zur Personenbeförderung mit einer Motorstärke bis 8 Pferdekraften um 4 923, während die Zunahme der Personenvagen mit höheren Pferdestärken nur 4 109 betrug, wovon wieder die beträchtliche Zahl von 2 163 Wagen eine Motorstärke von 8 bis höchstens 16 Pferdestärken aufwies, so daß nur eine Vermehrung um 1 946 Personenvagen mit über 16 Pferdestärken stattfand.

Welchen verschiedenen Zwecken das Kraftfahrzeug dient, ergeben folgende Betrachtungen. Im Dienste von Behörden wurden 395 Kraftfahrzeuge verwendet. Von ihnen entfallen 234 auf Preußen, und zwar hat sich die Zahl der bei Behörden in Deutschland gebrauchten Kraftfahrzeuge seit dem Jahre 1907 um rund 80 Proz. vermehrt. Eine Vermehrung um über 100 Proz. zeigt die Verwendung der Kraftfahrzeuge im öffentlichen Verkehrsleben, für das im Januar 1909 2 340 Wagen benutzt wurden. 16 537 Kraftfahrzeuge dienen für die Zwecke des Handelsgewerbes und sonstiger Gewerbebetriebe sowie für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Für andere Berufsgruppen betrug die Anzahl der verwendeten Kraftfahrzeuge 4 611, wovon 2 308 Kraftwagen und 1 990 Kleinautos bis zu 8 Pferdestärken waren. Vor allem ist das Kraftrad und das Kleinauto ein von Landärzten viel verwendetes Verkehrsmittel, da es in dringenden Fällen rasche Hilfe ermöglicht. Die Entwicklung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen ist im Dienste des Erwerbslebens bedeutend rascher vor sich gegangen als auf dem Gebiete des Kraftverkehrs. Im ganzen dienen in Deutschland im Januar 1909 nur 1 556 2 Kraftfahrzeuge für Vergnügungs- und Sportzwecke, unter welcher Zahl insofern ein großer Teil zugleich im Erwerbsleben Verwendung finden mag, so daß die Entwicklung des Kraftverkehrs in Deutschland in erster Linie das Bild einer großen Vereinerung des geschäftlichen Verkehrslebens bietet.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 16. November, vorm. 10 Uhr. Die Tribünen sind voll besetzt. Am Regierungssitze Minister Graf Vitzthum v. Eckardt, Ministerialdirektor Dr. Rumpelt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Dr. Vogel werden die Reglementänderungen verlesen. Darunter befindet sich ein Antrag Setzner (natl.) und Genossen auf eine Reform der Ersten Kammer. Bekanntlich haben auch die Freisinnigen einen gleichen Antrag eingebracht.

Es wird dann in die Erledigung des einzigen Punktes der Tagesordnung: Allgemeiner Vorberatung über das Defizit Nr. 8, betreffend den Personal- und Besoldungsplan der Landesbrandversicherungsanstalt auf die Jahre 1910 und 1911, eingetreten.

Abg. Braun (natl.) beantragt Ueberweisung der Vorlage zur Vorberatung an die Finanzdeputation A. Zur Sache selbst führt er aus, daß wenn in den letzten Jahren über diesen Gegenstand beraten worden sei, darüber lebhaft Klage geführt worden wäre, daß bei der Einschätzung der Neubauten bedeutende Verzögerungen, oft bis über ein Jahr, einträten, so daß es den Bauherren oft nicht möglich sei, rechtzeitig Hypotheken aufzunehmen. Die Ursache dieser Verzögerungen sei darin zu suchen, daß die Brandversicherungsinspektoren im Nebenamt mit hauptberuflichen Funktionen beschäftigt, dadurch überlastet würden und infolgedessen nicht in der Lage seien, ihr Geschäft als Brandversicherungsinspektoren pünktlich zu erledigen. Es sei deshalb schon früher angeregt worden, ihnen dieses Nebenamt abzunehmen, die Regierung habe jedoch widerstanden, und auch aus den einzelnen Parteien sei gegen die Aufhebung dieser Nebenbeschäftigung Widerspruch laut geworden, weil sich dann die Landgemeinden ein oder zwei hauptberufliche Sachverständige zulegen müßten, was mit erheblichen Mehrkosten verbunden wäre. Die Regierung habe nunmehr zugestimmt, darauf bedacht sein zu wollen, daß diese Verzögerungen künftig vermieden werden. Es soll mit der Abgabe der Anträge an die Brandversicherungsinspektoren nicht mehr bis Ablauf des Monats gewartet, sondern es sollen ihnen nach Fertigstellung des Baues sofort die Akten zugehen, zum mindesten aber sofort Nachricht gegeben werden. Von einem Rücktritt der Finanzdeputation A. sei dem widerprochen worden, deshalb ersuche er letztere schon jetzt, sich mit der Regierung dahin ins Einvernehmen zu setzen, ob die Maßnahme wirklich die Früchte getragen, die man vorausgesehen habe. Es müsse dahin gewinkt werden, die Nebenbeschäftigung bei allen staatlichen Beamten zu beseitigen. Eine kleine Besserung sei ja schon darin zu erblicken, daß den Brandversicherungsinspektoren die Nebenfunktionen, die sie früher ausübten hatten, abgenommen worden seien. Wo es ohne erhebliche Mehrbelastung der Gemeinde möglich sei, müsse schon jetzt die Aufhebung der Nebenbeschäftigung der Beamten erfolgen. Traglich sei es, ob das Verhältnis der Schreibkassen zu den Bureauassistenten und Expedienten ein solches sei, daß ein entsprechendes Anancement der Beamten stattfinden könne. Die Finanzdeputation A. möge auch hierüber Erörterungen anstellen, ferner sei wünschenswert, daß neben dem technischen auch das kaufmännische Element in der Landesbrandversicherungsanstalt nicht fehlen möge.

Abg. Gortz (kons.): Die Versicherungssummen bei der Landesbrandversicherungsanstalt wüßten alljährlich um ca. 200 Millionen Mark, so daß eine Vermehrung des Beamtenpersonals wohl gerechtfertigt sei. Die Anträge würden von den Beamten so schnell als möglich erledigt. Der Ueberweisung der Vorlage an die Finanzdeputation A. der er empfehle, auch die Frage der Gehaltssteigerungen wohlwollend zu prüfen, stimme er zu.

Abg. Langer (Eos.): Die Brandversicherungsdeputationen befaßt sich für Erledigung des Schreibens eine bestimmte Summe. Es sei nun bekannt, daß die Inspektoren an dieser Summe zu sparen suchen, deshalb würden die Schreibkassen der Brandversicherungsinspektoren außerordentlich schlecht bezahlt. Deshalb sei ihm, daß sich die Deputation auch hiermit beschäftigen und darauf hinwirken, daß diese Schreibkassen besser als bisher entlohnt würden.

Der Antrag auf Ueberweisung an die Finanzdeputation A. wird hierauf einstimmig angenommen, und damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident gibt dann noch den Arbeitsplan für die nächste Woche bekannt. Als Beratungsgegenstände sind in Aussicht genommen für Montag der Antrag Setzner betreffend die Veränderung der öffentlich-rechtlichen Ansprüche und der Antrag Kleinbempel betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf die öffentlichen Rechte, für Dienstag der Antrag Dr. Kleinhammer auf Verlegung des Epiphaniastages und das Defizit betreffend die Gehaltsverhältnisse der Radelarbeitslehre, und für Mittwoch der Antrag Bauer auf Aufhebung einer Wahlstatistik über die letzten Landtagswahlen und der Antrag Günther auf Einberufung eines alljährlichen Landtages.

Die Sitzung hatte nur 20 Minuten gedauert. Nächste Sitzung: Donnerstag den 18. November, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen in den Jahren 1908 und 1909.

Wetterbericht von der Wetterkante an der Augustusbrücke

am 16. November, mittags 12 Uhr. Barometer: 745. Regen, Wind. Thermometer: + 1 ° K. Thermometerproben: Min. + 1, Max. + 4. Hygrometer: 75 %. Wassertand: - 147.

Wetterprognose des Sächsl. Meteorologischen Instituts zu Dresden

am den 17. November 1909. Nordwestwind; bedeckt; zeitweilige Regen oder Schnee.

Dresdner Polizeibericht vom 16. November.

Auf der Prager Straße wurde am Sonnabend vom Sturm ein 88 Jahre alter Rentner zu Boden geworfen. Er erlitt einen Bruch des linken Oberarmes, Hüftgelenks, Vorderbeins und des Beckens. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, von wo aus er dann in einer Droschke nach seiner Wohnung übergeführt wurde.

Am Dienstag vormittag wurde im hiesigen Birkenwäldchen von einer Unbekannten die Ehefrau eines Gewerbetreibenden aus der Niederlausitz in krankem Zustande angetroffen. Die Kranke wurde dem Johannstädter Krankenhaus zugeführt. Hier stellte sich heraus, daß sie Salzsäure zu sich genommen hatte. Auf Veranlassung der Polizei wurde der Mann in Untersuchung genommen und es wurde festgestellt, daß er die Salzsäure getrunken zu haben. Eine Gefahr für ihr Leben ist nicht vorhanden.

Nach hierher gelangter Mitteilung beabsichtigt der sogenannte Weltreisende Emil Bohlig aus Solingen demnächst in Dresden öffentliche Vorträge über seine Erlebnisse und Abenteuer zu halten. In seinen Anknüpfungen behauptet er, in den Jahren 1897 bis 1903 zu Fuß um die Erde gewandert zu sein. Dies beruht aber auf Unwahrheit. Er ist vielmehr in dieser Zeit rund 3/4 Jahre in deutschen Strafanstalten untergebracht gewesen. Vor dem Beluch dieser Vorträge wird daher gewarnt.

Letzte Telegramme.

Der deutsch-schweizerische Niederlassungsvertrag.

Bern, 16. November. Der neue von den Delegierten unterzeichnete Vertrag enthält eine Reihe von Ergänzungen des alten Vertrages. Es ist zu erwähnen, daß zukünftig die Voraussetzung der Niederlassung der Besitz eines gültigen Heimatscheines ist, dessen Folgen von der ausstellenden Behörde auch dann getragen werden müssen, wenn die Urkunde zu Irrtum ausgeht. Bei der Uebernahme eines früheren Angehörigen eines der vertragschließenden Teile sind seine Ehefrau und die in seiner häuslichen Gemeinschaft lebenden minderjährigen Kinder auch dann mit zu übernehmen, wenn sie dem übernehmenden Lande weder angehören noch früher angehört haben, oder nicht Angehörige des anderen Teiles oder eines dritten Staates getauft sind. Im weiteren enthält der Vertrag eine nähere Festsetzung des Uebernahmeverfahrens. Der Vertrag wird den beiderseitigen Parlamenten im Frühjahr zur Ratifikation unterbreitet werden.

Sturfgewitterstreich.

London, 16. November. Therese Garnett, die den Handelsminister Winston Churchill in Bristol mit der Reichstische geschlagen hat, wurde beurteilt, zwei Kautelen für gutes Verhalten zu stellen; falls diese Kautelen nicht geleistet werden, muß sie sich einer einmonatigen Gefängnisstrafe unterziehen. Wahrscheinlich durch diese recht geringe Strafe ermutigt, drohte die schlagfertige Sturfgewitter, alle Kabinettsminister in gleicher Weise zu behandeln. „Ich bin stolz darauf“, erklärte sie vor dem Richter, „die Frau zu sein, die das große Pribilium hat, die ihrem Geschlechte durch die liberalen Politiker zugefügten Ungerechtigkeiten rächen zu dürfen an ihnen, die beachtlich das Haus der Lords demagogisieren, während sie selbst ihre Landsmänninnen zu politischer Reglosigkeit verdammen.“

Steuerkämpfe in Frankreich.

Paris, 16. November. Die Gruppe der vereinigten Sozialisten genehmigt mehrere der vom Finanzminister vorgeschlagenen Steuern, darunter die bei Einführung von Schenkwirtschaften zu zahlende Taxe, die Erhöhung der Alkoholsteuer, der Umpflichtigkeitssteuer für Weine und Liköre sowie die Erhöhung der Tabaksteuer, abzulehnen.

Griechisches.

Athen, 16. November. Gerüchweise verlautet, daß sich die Meinungsverschiedenheit zwischen der Militärpartei und mehreren Offizieren, die aus den Unteroffizierschulen hervorgegangen sind, verschärft hat. Es fand eine Beratung zwischen dem Premierminister, dem Kriegsminister und der Militärpartei statt, und es ist Hoffnung vorhanden, daß die Differenzen beigelegt werden. In Eleusis kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und betrunkenen Studenten, wobei auf beiden Seiten je drei Personen getötet wurden.

Ein Tragödie.

Chemnitz, 16. November. Wie den neuesten Nachrichten aus Kößdorf gemeldet wird, entstand dort gestern Abend in der Wohnung der Witwe Frömming ein Brand, weil ein 14-jähriges Kind die brennende Petroleumlampe vom Tische warf. Durch das Feuer wurden die zwei kleinen Kinder schwer verbrannt. Der Großvater, dem die Aufsicht über die Kinder anvertraut war, beging Selbstmord durch Erhängen. Die beiden schwer verbrannten Kinder wurden in das Chemnitzer Krankenhaus gebracht, wo das jüngere gestorben ist. Das ältere Kind dürfte ebenfalls mit dem Leben kaum davorkommen.

Der Sport des Herrn Referendar.

Dresden, 16. November. Am Dresdener Südpark wurden in letzter Zeit vielfach abends Liebespaare überfallen und Schläge auf die Gesichter der Mädchen abgegeben, die in mehreren Fällen ihr Ziel trafen. Am Sonntag wurde der Mütterler auf frischer Tat verhaftet. Zwei Revolver wurden ihm abgenommen. Er entpuppte sich als ein einer vornehmen Familie angehörender Referendar.

Explosion.

Paris, 16. November. Aus Las Palmas wird gemeldet: Durch die Unvorsichtigkeit mehrerer Leute, die in einer Felsengrube auf San Mateo ein Pulverdepot anlegten, wurden die in dieser Grube aufbewahrten Pulverkörner entzündet und zur Explosion gebracht. Die Grube stürzte zusammen. Aus den Trümmern wurden 2 Tote, 3 Schwere und 6 schwer Verletzte herausgehoben.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

Radeberg!

Donnerstag den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zum Roß

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

Aufgaben der Gemeindepolitik. Unsere Finanz-, Steuer- und Schulverhältnisse.
Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Lange, Leipzig. — Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Konsum-Verein Striesen.

Donnerstag den 18. November, abends 8 Uhr

General-Versammlung

in Hammers Hotel, Augsburgstr. 7.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstands und Aufsichtsrats.
2. Vortrag der Jahresrechnung und Bilanz und Genehmigung derselben.
3. Beschlußfassung über Gewinnverteilung.
4. Ergänzungswahlen des Vorstands und Aufsichtsrats.
5. Anträge der Mitglieder nach § 24, Absatz 2 des Statuts.
6. Allgemeine Vereinsangelegenheiten.

Aus dem Vorstande scheidet aus: Herr Geiser. Aus dem Aufsichtsrate scheidet aus: die Herren Starke, Schauer, Fiedel.

Der Eintritt in die Versammlung ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Gegenwärtige Vertretung durch Ehegatten ist nicht zulässig.

Der Aufsichtsrat. Reinhold Thieme, Vors.

Sozialdemokrat. Verein. IV. Wahlkreis. Bezirk Pieschen!

Donnerstag den 18. November, abends 9 Uhr im Restaurant zur Börse

Diskussion über die verflochtenen Landtagswahlen und die Aufgaben des neuen Landtages.

Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Alfred Reimling.
Das Erscheinen aller Mitglieder wünscht
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Veranstaltung: Donnerstag den 18. November, abends 8 Uhr im Restaurant zur Börse.

Bezirk Pottschappel, Birkigt, Dölzchen, Niederpfeiferwitz.

Sonabend den 20. November, abends 9 Uhr, im Restaurant zum Hirsch in Pottschappel: **Mitglieder-Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Rückblick über die Landtagswahl. Ref.: Genosse Landtagsabgeordneter Gustav Plem. 2. Bericht aus der Kreisvorstandsitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.
Die Verwaltung.

Bezirk Striesen.

Die für den 19. November angelegte Bezirksversammlung muß leider Umstände halber ausfallen und findet voraussichtlich am 26. November im Sächl. Prinzen, Schandauer Straße, statt.
Die Bezirksverwaltung.

Hutarbeiter.

Donnerstag den 18. November 1909 abends halb 9 Uhr

Quartals-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses.

Tages-Ordnung:

Quartalsbericht. — Gewerblich-fällige Angelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Waren-Verlosung des Turnvereins Carola, Kleinnaundorf

Allen Losinhabern zur Mitteilung, daß die am Sonntag aufgehobene Verlosung, falls kein Widerruf erfolgt, **Freitag den 19. November**, abends von 7 Uhr an, stattfindet.

Der Ausschuss.

Naturheilverein Schmiedeberg u. U.

Sonntag den 21. November nachmittags 3 1/2 Uhr im Gasthof zu Schmiedeberg

Oeffentl. Vortrag

des Herrn Naturheilkundigen Dr. ar. Dresden über: Ohren-, Nasen- u. Halskrankheiten, Ursachen und naturgemäße Heilweise.

Nachmittags 20 Pf. Eintritt. J. A.: D. E.

„Stadt Leipzig“

Konzert- und Ball-Etablissement Leipziger Str. 76.

Größter und schönster Saal für Vereine und Konnotationen. An einer Anzahl Abenden noch frei. Neue Bewirtung.

Willy Schilbach.

feinste Tafelbutter

M. 1.30 das Pfund

bei 28 Webergasse 28 Max Nieke.

Bund der techn.-industriellen Beamten Ortsgruppe Dresden.

Sonabend den 20. November, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in Meinholds Sälen, Dresden-L., Moritzstrasse 10.

Referat des Herrn Ingenieur Gram, Dresden, über:

„Der Zeiten Ungunst und die Privat-Angestellten.“

Freie Aussprache. Eintritt frei.

In ihrem eigenen Interesse werden alle Privatangestellten dringend gebeten, diese Versammlung zu besuchen.

Bund der techn.-industriellen Beamten (Ortsgruppe Dresden)

I. A.: Dr. phil. H. Gockel.

Gewerbehaus Dresden.



Freitag den 19. November, abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerbehauses

Pathéphon-Konzert

(Starkton-Apparat ohne Trichter) unter Verwendung von 50 cm großen Schallplatten, ohne Nadelwechsel. — Von höchstem Interesse für jeden Grammophon-Besitzer. — Verantwortet von der Firma

Oscar Victor, Dresden

Wallstrasse 21 — Fernsprecher 19248

Grammophon- und Musikinstrumenten-Haus.

Eintrittskarten à 50 Pf., die jedoch im Geschäftslokal oben genannter Firma wieder mit in Zahlung genommen werden, sind zu haben in sämtlichen Zigarren-Geschäften von Well, an der Abendkasse und beim Veranstalter des Konzertes.

Sächs. Wanderausstellung gegen Alkoholismus

Oeffentlicher Vortrag Der Schnaps-Boykott

Freitag den 19. November 1909, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Ballhauses, Bauhner Straße 35

Referent: Herr A. Smith aus Nimbrich b. Seega.

Eintritt für Ausstellung und Vortrag frei!

Oefftl. pol. Versammlung

Freitag den 19. November, abends 8 1/2 Uhr im Sächsischen Wolf in Deuben.

Tages-Ordnung:

Klassenstaat u. Christentum

Referent: Arbeitersekretär S. Wente, Dresden.

Debatte. Der Einberufer: Zahlreichen Besuche sieht entgegen Ludwig Werner, Deuben, Oststr. 7.

Gewerkschaftskartell Mägeln u. Umg.

Donnerstag den 18. November, abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zum Wäglitztal, Dohna, und

Freitag den 19. November, abends 8 1/2 Uhr im Gasthof Großschadowitz

Zwei große Versammlungen

Thema:

Die Erringung des Wahlrechts für die Arbeiterinnen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Referenten: Arbeitersekretäre Buok und Menke, Dresden. Arbeiter und besonders Arbeiterinnen, ersucht man herzlich in den Versammlungen.

Ter Vorhand.

Mittwoch den 17. November (Bußtag) abends 8 Uhr

Grosser öffentlicher Vortrag

im großen Saale des Schusterhauses.

Herr Schriftsteller Emil Peters aus Köln a. Rh.

Eheleben u. Volksgeundheit

Die sittliche und soziale Bedeutung der Ehe und ihr Einfluß auf die Volksgeundheit.

Herr Peters ist als tüchtiger Redner bekannt und versteht es, in Form von hohem Idealismus getragenen Rede die Zuhörer mit sich fortzuführen.

Eintrittsgeld für Nichtmitglieder 30 Pf. Bei Anmeldung zur Mitgliedschaft Eintritt frei! Um zahlreiche Beteiligung bitte!

Der Vorstand des Naturheilvereins Dresden-West.

4. Wahlkreis • Bez. Pieschen-Trachenberge

Sonntag den 21. November (Toten-Sonntag) im Gasthof Pieschen

Theater-Abend

Zur Aufführung kommt: Der Meineidbauer

Volksstück von L. Anzengruber. Anfang halb 8 Uhr. Saalöffnung 6 Uhr.

Eintrittskarten, à 30 Pf., sind bei den Verwaltungsmitgliedern und Kassenboten zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Konsumverein Niedersiedlitz. Lagerhalter gesucht.

Antritt am 29. November 1909.

Gesuche sind bis zum 22. November 1909 im Kontor Niedersiedlitz, Schulstraße, abzugeben. Nur Mitglieder werden berücksichtigt. Die Verwaltung.

Redakteur für Zittau

zur Stellvertretung während des Landtags zu fortigem Antritt gesucht. Angebote erbeten an die Geschäftsstelle der Dresdner Volkszeitung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grösch, Dresden-Kreuzung. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Reinhold Richter, Dresden. Druck und Verlag: Raden & Komp. Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 266.

Dresden, Dienstag den 16. November 1909

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Halbe Arbeiterkontrollen.

Eine Novelle zum sächsischen Vergesetz.

Seit beinahe 20 Jahren fordern die Bergarbeiter die Einführung von Arbeiterkontrollen in den Bergwerksbetrieben, um eine größere Sicherheit gegen die Unfallgefahren zu gewährleisten. Bisher haben sie bei ihren Bemühungen nach dieser Richtung hin fast allein Unterstützung bei der sozialdemokratischen Partei gefunden. Schon im Jahre 1882 von sozialdemokratischer Seite im Landtage eingebrachter Vergesetzentwurf enthielt auch die Forderung nach Ergänzung der Grubenkontrollen durch Bergarbeiter. Seitdem hat eine Reihe furchtbarer Grubenkatastrophen für die Notwendigkeit von Grubenkontrollen und Arbeiterkontrollen in entsehrlicher Weise mit gründer Eindrucksstärke gesprochen. Die organisierten Bergarbeiter haben jede Gelegenheit benutzt, die so brennende Forderung zu verwirklichen. Ihre Bemühungen sind aber bisher in Sachsen vergeblich. Ihre Bemühungen sind aber bisher in Sachsen vergeblich. Ihre Bemühungen sind aber bisher in Sachsen vergeblich.

Im letzten Landtage wandten sich besonders die Konservativen gegen die Forderung der Bergarbeiter nach gewählten, in ihrer Stellung gesicherten Arbeiterkontrollen. Die Regierung wehrte sich mit ihnen. „Gründe“ gegen die angeführten, von den Arbeitern vorgeschlagenen Arbeiterkontrollen vorzubringen. Wären in die Schlussfolgerungen hinein schlug wie eine Bombe die Nachricht von der neuesten Katastrophe auf der Rabe Rabbod. Dadurch wurde natürlich noch einem Teile der Nationalliberalen das Gewissen geschüttelt. Sie forderten jetzt angestellte Arbeiterkontrollen in den sächsischen Gruben. Doch wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Es blieb also dabei, daß die Bergbarone selbst Arbeiterkontrollen aus ihren Arbeitern bestimmen und besolden können. Die Konservativen versuchten sich noch dadurch etwas aus ihrer Situation zu ziehen, daß sie durch einen Antrag die Regierung ersuchten, dem nächsten Landtag eine Mitteilung darüber zu lassen, welchen Erfolg ihre Bestrebungen, die Bergarbeiterkontrollen zur freiwilligen, aber planmäßigen Heranziehung der Bergarbeiter zur Überwachung der Betriebssicherheit zu bringen, gehabt hätten.

Mit 33 gegen 22 Stimmen wurde die Sache schließlich am 17. November, was man in diesem wichtigen Punkte für die Bergarbeiter trotz der noch Hunderten zählenden Toten auf der Rabe Rabbod übrig hatte. Auch nach solch entsehrlichen Vorwärtsschritten magte es die letzte Landtagssitzung noch, einseitig die Interessen der Grubenbesitzer zu vertreten. Die Regierung hat nun, wie mitgeteilt wird, über die Einführung von Arbeiterkontrollen in den Gruben mit den Bergwerksbesitzern verhandelt. Alle diese Verhandlungen sind an dem Unternehmerrhochmut der Bergbarone gescheitert. Nurmehr sieht sich die Regierung endlich veranlaßt, die Anstellung von Arbeiterkontrollen in den sächsischen Gruben vorzuschreiben. Nach einer dem Landtage soeben vorgelegten Novelle zum Vergesetz (Telret Nr. 11) soll das bisherige Vergesetz folgenden Inhalt erhalten:

Der Grubenbesitzer, auf denen in der Regel mehr als 80 Arbeiter beschäftigt werden, sind die Grubenarbeiter zur Überwachung der Sicherheit des Betriebes planmäßig zu beschäftigen. Zu diesem Zwecke sind von ihnen aus ihrer Mitte 10 bis 15 Arbeiter zu wählen, das auf höchstens 300 Mann der untertägigen Belegschaft mindestens ein Sicherheitsmann und ein Sachverständiger kommt. Die Vorschriften der Abt. 3 bis 5 und 7 bis 10 sowie des § 8 finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß Bestimmungen, die die Wirksamkeit der Grubenkontrollen nach bürgerlichen Gesetzen nicht sicherstellen, die Grubenkontrollen zu verlegen ist. Die Sicherheitsmänner dürfen nur bei Vorliegen eines gelegentlichen Entlassungsgrundes, im übrigen aber nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes und in diesem Falle nur unter Einwirkung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist aus dem Betrieb entlassen werden. Durch Verlegungen in andere Betriebsstätten entfällt das Amt nicht.

Der gewählte Arbeiterkontrollenrat muß

1. deutscher Staatsangehöriger und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sowie in seinem Wahlbezirk beheimatet sein;
2. er muß im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein;
3. er muß das 30. Lebensjahr vollendet haben;
4. er muß fünf Jahre unter Tage als Bergmann und davon mindestens drei Jahre als Führer oder Zimmermann gearbeitet haben, außerdem darunter entweder seit der Einführung des Betriebes oder wenigstens ein Jahr vom Tage seiner Wahl an rückwärts gerechnet und unmittelbar an diesem Zeitpunkt anschließend auf dem Werke unter Tage beschäftigt gewesen sein.

Die Wiederwahl ist für die nächsten zwei Wahlperioden nicht zulässig. Der Arbeiterkontrollenrat soll also nicht fest angestellt, er soll abgewechselt werden. Letzteres wäre wohl kaum ein Nachteil, wenn keine Arbeitsstelle unter allen Umständen gesichert wäre. Das ist aber keineswegs der Fall. Wegen willkürlicher Entlassungen sind in der Novelle nur einige wertlose Mittelnamen gezogen. Zeitweilig kann der Arbeiterkontrollenrat entlassen werden; einen nichtigen Entlassungsgrund zu finden, dürfte den Bergbaronen nicht schwer werden. Aber auch die erwähnten Mittelnamen können nur die zwei Jahre in Betracht, wo der Gewählte Sicher-

heitsmann ist. Ist seine Zeit abgelaufen, ist er völlig schulplos der Nachregelungsmut der Kohlenbarone preisgegeben. Wie kann unter solchen Umständen eine erprobte Grubenkontrolle möglich werden.

Was die Regierung bietet, kann die Bergarbeiter in keiner Weise befriedigen das ist nicht einmal eine Halbheit. Vor allem muß volle Sicherheit vor Entlassung gefordert und festgelegt werden, wenn die neue Art Grubenkontrolle etwas nützen soll.

Gleichzeitig veröffentlicht die Regierung ein allgemeines Vergesetz, das die Frage des Vergütens neu regeln soll. Wir werden beide Vorlagen noch eingehender behandeln.

Unfug über den Seniorenkonvent.

In der Zweiten Kammer des Landtags soll zur Vorberatung über die geschäftliche Erledigung der Arbeiten ein Seniorenkonvent eingerichtet werden, wie ein solcher im Reichstage schon seit langem besteht. Vorläufig besteht allerdings nur die Absicht, wahrscheinlich wird sie aber demnächst verwirklicht werden. Nach einer sondersartigen Meldung der Dresdner Nachrichten soll der Seniorenkonvent aus Landtagsmitgliedern gebildet werden, die am längsten in der Kammer sind. Dazu bemerkt das Blatt noch: „Durch die Neubesetzung des Landtags würden Sozialdemokraten allerdings nicht wie im Reichstage dem Seniorenkonvent angehören können, denn diese sind ja erst neu hinzugewählt worden, sondern er würde sich nur aus rein nationalalgemeinen Landtagsabgeordneten rekrutieren.“

Wir wissen nicht, ob diese unfürsinnige Mittelung auf eine unfürsinnige Absicht der konservativen Fraktion des Landtags zurückzuführen ist oder ob sich die Dresdner Nachrichten den Unfug selbst aus den Fingern gelogen haben. Wie dem auch sei, die Wähler der unfürsinnigen An- oder Absichten werden kaum die Freude erleben, sie verwirklicht zu sehen. In der Zweiten Kammer des Landtags wird sich keine Mehrheit dafür finden, die den unfürsinnigen Gedanken hegt, eine Partei, die mehr als ein Viertel aller Abgeordneten stellt, vom Seniorenkonvent auszuschließen. Vor allen Dingen würden die Sozialdemokraten sich etwas Derartiges nicht gefallen lassen.

Neufestsetzung der ortsbildlichen Tagelöhne.

a. Die Kreisoberhauptmannschaften haben an die unteren Verwaltungsbehörden (das sind bekanntlich die Städte mit revidierter Städteordnung und die Amtshauptmannschaften) ein Rundschreiben erlassen, wonach diese Stellen in eine Prüfung der Frage einzutreten sollen, ob die gegenwärtig gültigen ortsbildlichen Tagelöhne noch zureichend sind oder sich eine andere Festsetzung nötig macht. Die Behörden sollen eine Anzahl Arbeitgeber und Arbeiter sowie die Krankenstellen darüber hören.

Die ortsbildlichen Tagelöhne sind für die Arbeiter von großer Bedeutung. So haben z. B. die Gemeindefrankenversicherungen die Beiträge und das Krankengeld nach ihm zu bemessen; bei denjenigen Invalidenversicherungspflichtigen Personen, die keiner Krankenkasse angehören, wird die Lohnklasse nach dem dreifachenfachen Satze des ortsbildlichen Tagelöhnes bestimmt; in der Unfallversicherung dient er zur Berechnung des Jahresarbeitverdienstes solcher gewerblicher Arbeiter, die weniger als den ortsbildlichen Tagelohn verdient haben; nach § 124 b der Gewerbeordnung können rechtswidrig entlassene Gewerbegehilfen, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein, für eine Woche den Betrag des ortsbildlichen Tagelöhnes als Entschädigung fordern; schließlich erhalten die Familien der zu Friedensabteilungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung in Prozenten des gebotenen Tagelöhnes.

Die ortsbildlichen Tagelöhne sind für die Arbeiter von großer Bedeutung. So haben z. B. die Gemeindefrankenversicherungen die Beiträge und das Krankengeld nach ihm zu bemessen; bei denjenigen Invalidenversicherungspflichtigen Personen, die keiner Krankenkasse angehören, wird die Lohnklasse nach dem dreifachenfachen Satze des ortsbildlichen Tagelöhnes bestimmt; in der Unfallversicherung dient er zur Berechnung des Jahresarbeitverdienstes solcher gewerblicher Arbeiter, die weniger als den ortsbildlichen Tagelohn verdient haben; nach § 124 b der Gewerbeordnung können rechtswidrig entlassene Gewerbegehilfen, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein, für eine Woche den Betrag des ortsbildlichen Tagelöhnes als Entschädigung fordern; schließlich erhalten die Familien der zu Friedensabteilungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung in Prozenten des gebotenen Tagelöhnes.

Die ortsbildlichen Tagelöhne sind für die Arbeiter von großer Bedeutung. So haben z. B. die Gemeindefrankenversicherungen die Beiträge und das Krankengeld nach ihm zu bemessen; bei denjenigen Invalidenversicherungspflichtigen Personen, die keiner Krankenkasse angehören, wird die Lohnklasse nach dem dreifachenfachen Satze des ortsbildlichen Tagelöhnes bestimmt; in der Unfallversicherung dient er zur Berechnung des Jahresarbeitverdienstes solcher gewerblicher Arbeiter, die weniger als den ortsbildlichen Tagelohn verdient haben; nach § 124 b der Gewerbeordnung können rechtswidrig entlassene Gewerbegehilfen, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein, für eine Woche den Betrag des ortsbildlichen Tagelöhnes als Entschädigung fordern; schließlich erhalten die Familien der zu Friedensabteilungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung in Prozenten des gebotenen Tagelöhnes.

Die ortsbildlichen Tagelöhne sind für die Arbeiter von großer Bedeutung. So haben z. B. die Gemeindefrankenversicherungen die Beiträge und das Krankengeld nach ihm zu bemessen; bei denjenigen Invalidenversicherungspflichtigen Personen, die keiner Krankenkasse angehören, wird die Lohnklasse nach dem dreifachenfachen Satze des ortsbildlichen Tagelöhnes bestimmt; in der Unfallversicherung dient er zur Berechnung des Jahresarbeitverdienstes solcher gewerblicher Arbeiter, die weniger als den ortsbildlichen Tagelohn verdient haben; nach § 124 b der Gewerbeordnung können rechtswidrig entlassene Gewerbegehilfen, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein, für eine Woche den Betrag des ortsbildlichen Tagelöhnes als Entschädigung fordern; schließlich erhalten die Familien der zu Friedensabteilungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung in Prozenten des gebotenen Tagelöhnes.

Die ortsbildlichen Tagelöhne sind für die Arbeiter von großer Bedeutung. So haben z. B. die Gemeindefrankenversicherungen die Beiträge und das Krankengeld nach ihm zu bemessen; bei denjenigen Invalidenversicherungspflichtigen Personen, die keiner Krankenkasse angehören, wird die Lohnklasse nach dem dreifachenfachen Satze des ortsbildlichen Tagelöhnes bestimmt; in der Unfallversicherung dient er zur Berechnung des Jahresarbeitverdienstes solcher gewerblicher Arbeiter, die weniger als den ortsbildlichen Tagelohn verdient haben; nach § 124 b der Gewerbeordnung können rechtswidrig entlassene Gewerbegehilfen, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein, für eine Woche den Betrag des ortsbildlichen Tagelöhnes als Entschädigung fordern; schließlich erhalten die Familien der zu Friedensabteilungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung in Prozenten des gebotenen Tagelöhnes.

Die Arbeiten des letzten Landtags

haben sich, nach einer Zusammenfassung, erstreckt auf 70 Dekrete davon sind 57 durch ständische Schriften beantwortet worden, während 2 zurückgezogen wurden, 3 unerledigt geblieben sind und 8 nur zur Kenntnis der Kammer zu bringen waren; 23 selbständige Anträge von denen 19 erledigt wurden und 4 unerledigt geblieben sind; 70 Interpellationen; 84 Wahlforderungen; 7 sonstige Angelegenheiten, endlich eine Mehrheit von (1897) Petitionen, von denen eine größere betraf, geringere Anzahl sich auf einen und denselben Gegenstand namentlich auf das Bahngesetz für die Zweite Kammer, die Verbesserung der Eisenbahnbauten, Erziehung von Amtsgenossen, Einführung einer Umsatzsteuer, die Erziehung von Seminare usw. bezog. Bei 100 Angelegenheiten sind die Petitionen an die Staatsregierung überwiesen worden, und zwar in einem Falle zur Berücksichtigung, in 27 Fällen zur Erwägung und in 132 Fällen zur Kenntnisnahme.

Dem Landtage

ist soeben ein Gesetzentwurf betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe zugegangen. Die Änderungen beziehen sich im wesentlichen auf die Haftung des Pfandleihers gegen Einbruchdiebstahl.

Nationalliberale Denunziation.

Die in Dresden erscheinenden sächsischen Nationalen Blätter, eine als nationalliberal geltende Wochenchrift, überschütteten die sächsischen Freisinnigen, die sich nicht für die reaktionären Stichwahlkandidaten haben einfangen lassen, mit den niedrigsten Beschimpfungen. Im Laufe dieses freundschaftlichen Herzensergusses jagte das Blatt bezüglich der Stichwahl im 2. ländlichen Wahlkreise (Völsau-Gittau):

„Es ist das „nationale Verdienst“ des freisinnigen Herrn Oberlehrers Professor Rahn von der städtischen höheren Mädchenschule in Dresden, hier dafür gewirkt zu haben, daß seine Wähler 3. m überwiegenden Teil für den Sozialdemokraten stimmten!“

Der Witz mit dem geperrtgedruckten Wort „städtisch“ an die städtischen Behörden Dresden läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Herausgeber dieser „nationalen“ Denunziantenblätter ist ein nationalliberaler Parteigänger, Herr Friedrich Calabow, derselbe Herr, der sich vor kurzer Zeit vom Konservativen zum Nationalliberalen entwickelt hat.

Ausländische Kinder in sächsischen Schulen.

Ein interessanter Streitpunkt wird bei der Reform des sächsischen Volksschulgesetzes beigelegt werden müssen. Nicht selten wird von Eltern ausländischer Kinder die Ausweisung der Kinder nach der gesetzlichen Schulzeit ihres Heimatlandes gefordert. Diese Frist läuft in der Regel früher ab als die achtjährige in Sachsen. In Grenzorten mit starker Industriebevölkerung entstehen nicht wenige solcher Differenzen, die das Volksschulgesetz beheben wird.

Der Landesverein der Reformpartei

hält am 17. November, vormittags 11 Uhr, eine Vertrauensmännerversammlung in Dresden ab. — Man wird sich vorzüglich bemühen, den reformerischen Karren aus dem Kot herauszubringen. Herr Zimmermann hat sich auf immer unmöglich gemacht.

Leipzig. Um einen Ueberblick über den Umfang der gegenwärtig in Leipzig bestehenden Arbeitslosigkeit zu erlangen und um, wenn nötig, Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Anregung zu bringen, richtete der Vorstand des Leipziger Gewerkschaftsvereins an die Vorstände der dem Gewerkschaftsverband angeschlossenen Gewerkschaften die Aufforderung, an einem bestimmten Tage, nämlich am 30. Oktober, die Zahl der unter ihren Mitgliedern vorhandenen Arbeitslosen festzustellen. Das Ergebnis ist folgendes: Es waren am 30. Oktober in 26 Gewerkschaften mit zusammen 49 361 Mitgliedern 1717 Arbeitslose vorhanden, so daß auf je 100 Mitglieder 3,4 Arbeitslose entfallen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In Reichenbach kürzt, in dem Gedächtnis des Reichers Käser dessen Kaufverbot freies durch einen unglücklichen Zufall in den breslauer Wucherkreis und so sich so schwere Brandwunden zu, daß kein Zustand für bedenklich gilt. — Eine Ueberlandzentrale, wie sie im Hinblick auf das große Interessengebiet wohl einzig im weiten Umkreise dastehen dürfte, wird durch das Reichenbacher Elektrizitätswerk geschaffen. Das Gebiet umfaßt 70 Gemeinden, von denen 65 bereits Beiträge über Lieferung von Licht und Kraft abschließen haben. Im Norden reicht die Zentrale bis nach dem russischen Dorfe Raudsch, im Süden bis Neuenhain, im Osten bis Viebau und im Westen bis Rumsdorf. — Auch im Vogtlande hat der Sturm am Sonnabend erheblichen Schaden angerichtet, in den Städten sowohl als auch auf dem Lande. Die Winddrant entwarfelte Bäume und riss Kellerturmelein aus. Der von Eyra kommende Personenzug mußte auf offener Strecke im Walde halten, weil der Sturm eine Fichte entwurzelte und über das Gleis geworfen hatte. Die Güter und die Eyra sind bei dem ununterbrochenen Regen bedeutend gestiegen. — Die Einbrecher, die 1905 in der Sparkasse zu Oberweienthal Geldschrank und Schrotkugel erdrachen, sind jetzt ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um einen Wärfenmacher und einen Handarbeiter. — Am Sonntagabend explodierte in Wurgeln im Hause Fährbergs eine 10 in einer Wohnung eine Petroleumglühlampe, wobei die 69jährige Wirtschafterin Amalie verw. Sankt am stürmischen Brandwunden erlitt. Sie wurde auf ärztliche Behandlung ins Stadtkrankenhaus gebracht, wo sie verstorben ist. Ihre Schwiegermutter, Frau verheiratete Verstorbenen Richter, trug beim Löschen des Brandes an beiden Händen ebenfalls schwere Brandwunden davon. — Ein stürmisches Nachspiel hat das Kulturreis des fallenden Gerichtsverwalters Uebke in Leipzig angeht. Am Sonnabendabend hat sich in der Aufregung über den ihm von dem Gauner geliehenen Schwertfisch der 62jährige Hausmeister des Landratsamtes in der Dorfstraße durch Erhängen das Leben genommen. Uebke ist identisch mit einem der „Einbrecher im Talar“ in Berlin. — Todlich verunglückt ist in Leipzig am Randschauer Steinweg der 53 Jahre alte Tamensteher Johann Christoph Wild. Er stürzte vom Borderevoren eines im Gange befindlichen Straßenbahnwagens ab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er alsbald verstarb. — Aus dem Heimwege von ihrer Schwägerin wurde am Sonnabendabend am Bahnhofsrange Vadig bei Altenburg ein etwas schwerer und schlecht lebende Frau von dem heranbraulenden Beipi er Schenke erfaßt und geblödt. Die Frau war wie gewöhnlich zur Unterlichter verstaumelt.

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 266.

Dresden, Dienstag den 16. November 1909.

20. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 15. November, nachmittags 3 Uhr.

Die öffentlichen Kribünen weisen einen noch stärkeren Besuch auf als an den vorhergehenden Sitzungstagen, besonders die Arbeiterkassen sind stark vertreten. Am Regierungstische haben Platz genommen: Finanzminister Dr. Müller und eine Anzahl Regierungskommissare.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Dr. Vogel kamen zunächst die Registranden-Eingänge zur Verlesung. Unter diesen befindet sich der schon erwähnte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit gleicher Abstammung für alle Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre an mit Anwendung des Verhältniswahlrechts; ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf betr. Änderungen der Bestimmungen über das Pfandleihgewerbe; eine Eingabe des Verbandes mittlerer Justizbeamten um Verbesserung der Lage der Aktiare und Exzellenzien; eine Eingabe des Transportarbeiterverbandes um Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse der bei der sächsischen Eisenbahn beschäftigten Arbeiter und zwei Wahlprojekte Schmidt (Soz.) und aus dem 8. sächsischen Wahlkreis gegen die Wahl des Hrn. Deba (natl.).

Es wird hierauf in die Erlebigung des einzigen Punktes der Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung über das Dekret Nr. 5, betreffend einen Gesetzentwurf wegen der vorläufigen Erhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1910, eingetreten.

Hr. Dr. Kühnel (konf.) beantragt mit Rücksicht auf die veränderte Zusammensetzung der Kammer Ueberweisung der Vorlage zur Vorberatung an die Finanzdeputation A.

Der Antrag wird angenommen und damit ist die Tagesordnung erledigt. Die Sitzung hatte kaum 10 Minuten gedauert.

Nächste Sitzung: Dienstag, 16. November, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung über das Dekret Nr. 8 betr. Personal- und Besoldungs-Etat der Landesversicherungs-Kassen. Am Donnerstag soll der Bericht über die Kunstausstellungen zur Beratung gelangen.

Parteiangelegenheiten.

Kommunalwahlfrage.

Bei den Bürgerwahlen (Stadtverordneten-Wahlen) in Lehe i. W. am Freitag den 12. November gaben von 1148 Wahlberechtigten der 3. Wählerklasse 806 ihre Stimme ab. Hierunter befanden sich 181, der Rest war gesplittert. Der Wahlkampf war besonders schwer, da Lehe ein ausgesprochener Arbeiterort mit hoher Bevölkerungsdichte ist, auch der Erwerb des Bürgerrechts an Anständigkeit und Jenus geknüpft ist, beträgt doch das Bürgergeld 10 M., während Beamte usw. es gratis erhalten. Infolge der Krise haben Hunderte von Arbeitern den Ort verlassen, es stehen dort — bei einer Einwohnerzahl von 36 000 — rund 800 Wohnungen zurzeit leer. Deshalb ist der Sieg der sozialdemokratischen Liste als besonders glänzend anzusehen. Gewählt wurden die Genossen Redakteur Fritz Thiel, Tischler Eugen Hartmann und Gewerkschaftsbeamter Johann Siegler.

In Buchenhausen erlangten unsere Parteigenossen mit 14 Stimmen die Mehrheit im Gemeindeparlament, in dem sie vorher nicht vertreten waren. Auch hier wurde der Regierung ein Parteigenosse, Albrecht, als erster Adjunkt zur Verfügung präsentiert. In Rammelbach eroberten wir drei, in Erbesbach zwei, in Ulmet einen und in Baldschisch vier Sitze. In diesen vier pfälzlichen Gemeinden hatten wir bisher keine Vertreter.

In Silenbürg (Provinz Sachsen) erlangten wir bei den Gemeindevahlen 6 Sitze gegen vorher 2. Wir siegten mit 200 Stimmen Mehrheit, denn unsere Genossen erhielten 543, die Gegner 349 Stimmen.

In Schifferhadi (Pfalz), einer Zentrumsdomäne, in der wir bisher keine Vertreter hatten, erlangten unsere Genossen bei der Gemeindevahl 8 Sitze. Es wurde nach dem Proporz gewählt. In Enschheim (Elsass) eroberten wir zu den schon innegehabten 5 Sitzen noch 8 weitere, so daß wir jetzt über 8 verfügen.

Wegen Verleibung des Antikentens Schein angeblich begangen in einer am 22. September in Frankfurt a. M. veranstalteten Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgesellen, wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse Koch zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Seine Widerlage wurde abgewiesen.

Die Ernennung Ferris zum ordentlichen Professor. Genosse Enrico Ferris ist zum ordentlichen Professor für Strafrecht und Strafprozedur an der Universität Rom ernannt worden. Schon vor Jahren hatte ihn die juristische Fakultät

Rom für diesen Lehrstuhl vorgeschlagen, aber politische Feindseligkeit gegen Ferris bereitete damals die Ernennung. Bekanntlich ist Ferris wegen Verleibung des Admirals Bettolo zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Obwohl es sich hierbei formell um ein gemeinsames Verbrechen handelt, war der Anlaß des Prozesses ganz und gar politisch, da Bettolo der Risikowirtschaft in der Verwaltung der Kriegsmarine beschuldigt wurde. Nun schließt das italienische Gesetz den wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten von den Lehrstühlen der Hochschulen aus. Ferris' Ernennung zeigt somit, daß man auch in Regierungskreisen den zweifellos politischen Charakter des Prozesses und der Verurteilung anerkennt.

31. Quittung

bei dem Gewerkschafts-Kartell für den sächsischen Generalstreik eingegangenen Gelder:

Verband der Saitler 97,85 darunter Firma Pippold durch Behring und Hindig und 20 Hilfsarbeiter 36,20; Firma Kühnel durch Friedrich 3,55; Firma Greif durch Kretschmer und von Beirklaffern 5,10; Firma Thiele durch Klement Berndt 7,50; Firma G. Rings durch Hausrecht 5,20; Firma Stüblich durch Deubel 3,55; Firma Lange durch Ullrich 6,10; Firma Siegemund durch Gerhold 4,35; Firma Brose durch O. Berndt 2,—; Firma Gebrüder Rings durch Klingauf und von Beirklaffern 14,45; durch Unterlassener Böhm 1,90; durch Unterlassener Adler 2,25; durch Unterlassener Widmer 6,70. Veranlagung der Gewerke und Goldarbeiter am 6. November 9,15. Arbeiter-Turnverein Reid durch Güling 3,—. Naturheilverein Bismarck 4,90. Kreis Schwimmer, Deuben, Langtour d. O. B. 5,70. Männerergänzungsverein Morgenrot-Radebeul, Eiltungsfest, Langtour 12,21. Goldschlaggeri Garte, Raderstraße 4,60. Verband der Bäcker und Konditoren 100,—. W.-G.-B. Karola, Goldschlagger 20,—. Sonntagsarbeit Bodwin durch Güling 1,50. Textilarbeiter Langtour 6,—. Nachzügler des Dfengschlagers Buchs 2,50. Gold- und Metallschläger Dresden, 9. Rate 11,45. Stauisch Weber durch August Wendt 2,50. Metallarbeiter Firma Fuhrmann u. Dröbler, 5. Rate 25,20. Ueberläufer Regelpartei —,40. Insgesamt 306,96 M.

Briefkasten.

Hr. Friedrichsbad. Uns sind solche Firmen nicht bekannt. Fragen Sie doch mal bei der Gewerkschaft der Bildhauer an.
93. H. Eine derartige Verpflichtung besteht nicht. Sie können ja später reklamieren, wenn die Steuerbehörde diesen Umstand nicht berücksichtigt.

Probieren Sie's einmal

und verwenden Sie als Zusatz zum Bohnenkaffee den rühmlichst bekannten „Bamf“-Malzkaffee. Wenn Sie erst wenig Bamf nehmen und täglich etwas mehr, dafür aber entsprechend Bohnenkaffee weniger, so haben Sie sich in 14 Tagen an das vollmundige, aromatische und dabei billige Getränk so gewöhnt, daß Sie als Morgenkaffee überhaupt nur noch „Bamf“ trinken mögen. Aber — Sie müssen auch „Bamf“ nehmen, keinen anderen Malzkaffee.

Musikwaren und Sprechmaschinen
Teilhaltung
Katalog mit 4000 Abbildungen
Jonass & Co., Berlin N 72
Salle-Alliance-Strasse 3.

Jonass & Co.
Ist eine gute Bezugsquelle
Beweis:
Katalog mit 4000 Abbildungen
Jonass & Co., Berlin N 72
Salle-Alliance-Strasse 3.

Photographische Apparate
Teilhaltung
Katalog mit 4000 Abbildungen
Jonass & Co., Berlin N 72
Salle-Alliance-Strasse 3.

Rotti kaufen sie in allen guten Geschäften.



Rotti WÜRFEL
Der echte **Rotti-Würfel**
ist doch wirklich nicht zu übertreffen.
Stück 5 Pf.
Dosen: 10 Stück 50 Pf.
" 20 " 1 M.
Houssedy & Schwarz
Rotti-Gesellschaft m. b. H.
München.

lager u. Vertrieb: Robert Mancke, Dresden, An der Dreißigstraße 3, Tel. 6918, Amt 1.

Achtung!
Hienong-Essenz, extra stark, u. beliebt, verl. a. Dsd. M. 1,90.
Gratüßgabe 3 Bl. Lebensöl, prima, bei 50 Bl. Hienong-Essenz M. 2,70.
Gratüßgabe 1/2 Duzend engl. Wunderbalsam. Ich garantiere für prima hochfeine Ware, welche von keiner Konkurrenz übertraffen wird.
H. E. Arnolds Laboratorium
Witzgendorf b. Döbnitz, Thür. Wald.
Südde. Wiedervertäufler.
Sofen, Schuhe, Jacken u. Anzüge
billig verkäuflich Breite Str. 12, 2.

Billige Preise
Joppen, Paletots, Anzüge,
Schwarzen und Arbeits-Garderobe
empfiehlt **H. Wosky**
Weißer Gasse 8
Ihrerl. Alex. Döffel.
Zuchreste
für Herren- u. Knabenanzüge,
Sofen u. Paletots, Kostüme,
Mäntel, Wtr. u. 1,50 an
Pillnitzstr. 47, 1. Ring, Cranschatz.

Kranke Frauen
Verlag, Entungen, Anidungen,
Verfäht, Ichmerz, Periode, Weiß-
fluß, Menstruierung, Magenbräuen,
Kaisbräuen, Angstschübe, Kopf-
schmerz, Seitenstecher, u. behandelt
Elsa Fischer
Natur-Frauenheilung
Ferdinandstrasse No. 19.
Sprechzeit von 9—11 u. 2—4 Uhr
Sonntag von 9—11 Uhr.

Grosse deutsche Städte
zeigen durch ihren Riesenverbrauch am besten die grosse Beliebtheit von
Palmato und **Manna**
beste Pflanzenbutter-Margarine, vorzüglicher Ersatz für feinste Naturbutter —
das beliebteste Kokospfelfett zum Kochen, Braten und Backen in jedem Haushalt.
In allen besseren Geschäften erhältlich.

Möbel Curt Wilkerling
Pieschen, Mohenstr. 1. Auf der Reizstraße.
Paul Kaden Wäsche u. Manufakturwaren
Spezialität: Turnbekleidung
Pieschen, Torgauer Strasse 11.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am Eck 13.



Strickwesten
Unterhosen
Strümpfe
sowie alle anderen
Unterzeuge
für Erwachsene u. Kinder
in großer Auswahl.
Solid, Billig.
Th. Huthmann
34 Potschappel 34.
Tharandter Straße 34.
1 Maassanzug 16 M.
1. Platz 16 M. Schöne Fack. Mod. Dess.
17. Pl. fr. Max Becker, Pariser 116.

